

minern aufzumelden versucht, hilft den schlimmsten Feinden des Protestantismus.

5. Der Sinn der gegenwärtigen Parteidiskussion.

Unsere Partei hat in der Vergangenheit noch nicht genügend gelernt. Parteidiskussionen im bolschewistischen Geist zu führen. In der Sozialdemokratie spielen sich Parteibekämpfungen nur in der Form eines Kampfes zwischen den verschiedenen Führergruppen ab.

In der jetzigen Diskussion kommt es nicht so sehr darauf an, was geschrieben und gesagt wird, sondern darauf, was die Partei in dieser Auseinandersetzung gewinnt.

Wenn wir jetzt mit der Gruppe Maslow-Ruth Fischer um die künftige Linie der deutschen Partei kämpfen, so müssen wir dies nach dem Muster der Bolschewiki tun.

Die gegenwärtige Auseinandersetzung muß für die Partei mindestens folgende drei Resultate bringen:

- 1. Die endgültige und vollständige Überwindung der Fehler der Gruppe Maslow-Ruth Fischer.
2. Klarheit aller Parteimitglieder über die nächsten praktischen Aufgaben der SPD.
3. Die Öffnung neuer Wege zu den sozialdemokratischen Arbeitern im Betrieb und in den Gewerkschaften.

Der 'Vorwärts' möge jeden Abend nachdrucken und verposten, was die 'rote Fahne' am gleichen Morgen zur Parteilage schrieb.

Uns kommt es nicht darauf an, den sozialdemokratischen Führern zu gefallen, sondern uns kommt es nach dem Wort von Engels — darauf an, das Ohr der Arbeiterklasse zu gewinnen.

Und hierin liegt der innerste Sinn unserer Parteidiskussion: Uns noch enger mit den Massen zu verbinden, in den Gewerkschaften eine breite Front für den Klassenkampf zu schaffen, das Ohr der Arbeiterklasse zu gewinnen!

Der Kampf bei den sächs. Sozialdemokraten

Vor dem Parteitag in Heidelberg beginnen die beiden Richtungen im sozialdemokratischen Lager einen erneuten Heftkampf, um auf den Parteitag einzuwirken.

Inzwischen schiden die Dreiundzwanzig Sammelisten herum, um Untersuchungen zu bekommen, die ihnen das Recht der Redefreiheit in Heidelberg gestatten sollen.

Das Intrigieren auf die Disziplinfrage zeigt von vornherein die Schwäche der 'Linken' in ihren politischen Organisationen. Da die 'Linken' politisch im Schlepptau der Rechten liegen, von der SPD im ganzen Reich die Politik der Rechten betrieben wird, müssen die 'Linken' mit politischen Auseinandersetzungen auf dem Parteitag der Reaktion nicht weit kommen.

Wieder einer, der 'ausgeschlossen' ist

Direktor Albert war von jeher eine Fierde der Sozialdemokratischen Partei. Als er vor dem Kriege einmal wegen Freizeitsachen mit einer geringfügigen Strafe belegt wurde, rückte er so schnell wie möglich aus.

In der Schweiz, wohin sich Albert dann begab, schrieb er in zwei verschiedenen Zeitungen gegen sich selber, um sich populär zu machen.

präsidenten Heldt. Vor einiger Zeit gab Albert eine Broschüre gegen den Achtstundentag heraus. (Die Broschüre wurde von uns besprochen. D. Red.) Auf Grund der Broschüre hat jetzt, so teilt die 'Dr. B.' mit, der erweiterte Bezirksvorstand der SPD, auf Antrag der Ortsgruppen Dresden-Kaufland und Blasewitz Albert ausgeschlossen.

Albert hat inzwischen keine Maßnahmen zur Unterstützung des Kampfes gegen den Achtstundentag fortgesetzt. Er war in Marseille. Von dort bringt er folgende Studie mit, die er an seine Mitdirektoren verteilte:

In Frankreich, Italien und der Schweiz konnten wertvolle Studien über die dortigen sozialen Verhältnisse von Arbeitern und Angestellten, insbesondere über Lohn und Arbeitszeit, gemacht und entsprechend verwertet werden.

Die Entschädigung, die den achtstündigen Arbeitstag und den freien Sonnabend-Nachmittag für die ganze Welt fordert (also die 44-Stunden-Woche) muß als vage Sache zum Zwecke der Agitation betrachtet werden.

Die 'Dr. B.' ist natürlich entrüstet, daß man Albert überhaupt auf dem Kongress gelassen, wenn die Bemerkungen Alberts darauf hinausgehen, den Achtstundentag zu kompromittieren.

Run, Albert ist ausgeschlossen — ob er es bleibt? Was geschieht aber mit der Unmenge der anderen Saboteure des Achtstundentages in der SPD?

Keine Lohnerhöhung für die Eisenbahner! Was tun?

Wenn noch irgendwelche Zweifel bestanden haben über die Rolle der Schlichtungsorgane als Kampfinstrumente der Bourgeoisie, so sind sie durch den bisherigen Verlauf der Lohnbewegung der Eisenbahner restlos beseitigt.

Anstatt nun Kampfmaßnahmen zu ergreifen, ließen die Eisenbahnergewerkschaften wiederum um 'Schlichter'. Sie stellten einen Antrag auf Bildung eines Schiedsgerichts mit dem Vorbehalt, daß hierzu ein wirklich 'unparteilicher' Vorsitzender ernannt wird.

- 1. keine allgemeine Lohnerhöhung. Die Parteien sollen aber vom 1. Oktober ab in eine Nachprüfung der örtlichen Löhne eintreten;
2. keine Herabsetzung der Löhne für Arbeiterinnen;
3. keine schon längst notwendige Verbesserung der Löhne der Jugendlichen;
4. keine Verkürzung der Arbeitszeit unter 51 Stunden;
5. Erklärungsfrist 15. September.

Alles in allem eine Provokation der Eisenbahner. Der Schiedspruch ist einfach ein Diktat der Damesbahnverwaltung. Das standafeste darin ist aber die Begründung. Es heißt: 'Unter Berücksichtigung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der Preissteigerungspolitik der Regierung bleiben die Grundlöhne unverändert.'



Merken Sie was, wie die Regierung die Preise abbaut? 'Ja, mein Mann liest das immer so schön aus's 'Vorwärts' vor.' (Aus der neuen Nummer des 'Kämpfer'. Zu kaufen bei den Zeitungsboten, Literaturbörsen und Arbeiterbuchhandlungen. Preis 20 Pfennig.)

Wie steht die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse an? Nicht nur die Eisenbahner, sondern auch die Beamten und Arbeiter der Reichspost und die Arbeiter der Reichsverwaltung sind gezwungen, Lohn- und Gehaltserhöhungen zu fordern, und sie haben diese Lohnforderungen nicht zum Vergnügen gestellt oder etwa darum, um die Reichsregierung zu ärgern, sondern ganz einfach deshalb, weil die wirtschaftliche Notlage sie dazu zwingt.

Anstatt daß die Beamten der Eisenbahn und Reichspost eine einheitliche Front bilden und geschlossen vorgehen, lassen sie zunächst die Eisenbahnarbeiter allein wüteln und dümpeln sich Wunder wie Flug dabei, wenn sie beschließen, abzuwarten, bis die Eisenbahnarbeiter eine Lohnerhöhung bekommen.

Predestimmen zum Urteil im Maslow-Prozess

Diese Darstellung der Urteilsgründe ergibt, daß Maslow die Teilnahme an einem irgendwie näher bestimmten Aufstand oder Umsturzversuch nicht zur Last gelegt oder gar nachgewiesen worden ist. Das Urteil selbst hebt sogar noch ausdrücklich hervor, daß Maslow gerade in der entscheidenden Zeit fünf Monate in Rußland war und auf die Ereignisse in Deutschland keinen direkten Einfluß ausüben konnte.

Der 'Vorwärts' stellt wohl fest, 'auf wie schwachen Füßen die Beurteilung beruht'. Eine Konsequenz wie das 'Berliner Tageblatt' zieht er aber nicht. Er begnügt sich lediglich mit der Einseitigkeit, daß einem Deutschpolitischen unter diesen Umständen sicherlich nichts passiert wäre.

Der junge Mann Hindenburgs

Düsseldorf, 12. September. (Eigener Drahtbericht.) Generalsabwegereiter Hindenburgs ist persönlich in Düsseldorf eingetroffen, um mit der Stadterwaltung über die Reorientierung der staatlichen Polizei, sowie über Einzelheiten des Programms zum Besuch des Reichspräsidenten Rücksprache zu nehmen.

Niedriger hängen!

Der 'Vorwärts' Nr. 425 vom 9. September bringt unter der Ueberschrift 'Die unruhliche Rolle Coofs' folgende Notiz:

'Bachum, 6. Sept. (Eigener Drahtbericht.) Die Bergarbeiterzeitung, das Organ des Deutschen Bergarbeiterverbandes, nimmt in äußerst scharfen Ausfahrungen gegen den englischen Bergarbeiterführer Coof, dessen kommunistische Tendenzen bekannt sind, Stellung. Coof hatte kürzlich in seiner Rede vom Deutschen Bergarbeiterverband und speziell dessen Vorstehenden behauptet, daß er die Interessen der deutschen Bergarbeiter schädige.

Ausperrung der ostpreussischen Landarbeiter

Königsberg, 11. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Nachdem in den letzten Tagen in 16 verschiedenen Orten Ostpreußens die Bauarbeiter zur Durchsetzung ihrer Forderungen die Arbeit niedergelegt haben und die heutigen Verhandlungen zur Beilegung der Lohnstreitigkeiten ergebnislos geblieben sind, ist heute vom ostpreussischen Arbeiterverband für das Baugewerbe in einer Generalversammlung die allgemeine Ausperrung der Bauarbeiter für Sonnabend beschlossen worden.

Wieder zwei Arbeitermorde in Polen

Warschau, 10. Sept. Am 6. September nachts wurde in Warschau der Lederarbeiter Jan Dufalski, ein bekannter Kommunist, durch Revolverkugeln ermordet. Gleichzeitig ermordete ein 'unbekannter' Täter den Lederarbeiter Heinrich Wlaskowski, ein ebenfalls bekannter Kommunist. Beide Betriebsarbeiter führten in der Gewerkschaft einen Kampf gegen die PPS, indem sie den Verrat der PPS entlarzten. Zwei Blättermeldungen wurden beide Ermordungen durch die Kampfgruppe der PPS durchgeführt. Einer der Mörder, der bekannte Wepelowski, wurde durch die Polizei nach seinem Verhör freigelassen. Zwei Wochen wurde der kommunistische Arbeiter Wepelowski in der gleichen Weise ermordet.

Banditenjustiz

Warschau, 11. September. (Eigener Drahtbericht.) Das Gericht in Lodz verurteilte den Genossen Sawucki wegen Hochverrats zu drei Jahren Zuchthaus, trotzdem der Verteidiger Sawuckis die Zuständigkeit des Gerichts bestritt, da das ihm vorgeworfene 'Verbrechen' gesetzlich nur durch ein Schwurgericht abgeurteilt werden kann.

Die polnische Banditenjustiz verurteilt ihn wegen kommunistischer Gesinnung. Sawucki muß unabsichtlich gemacht werden. Die Arbeiterklasse muß den polnischen Banditen ihren Protest begreiflich machen.